

Macht die Revolution Urlaub am Mittelmeer? Deutschland, EU-Europa und Afrika

**Erst die Piraten in Berlin, rechtspopulistische Bewegung gegen den Euro
und jetzt schwappt die Bewegung Occupy über den Atlantik**

Vor dem Aufstand, vor einer globalen Revolte oder was?



→Bild 1 (Länder am Mittelmeer)



→Bild 2 (Tunesien in Nordafrika)

Ausgehend vom Aufstand in Tunesien, der Ende 2010 begann, kam es 2011 zu einer Reihe von Protesten, Aufständen in den meisten Ländern Nordafrikas und in Ländern der Golfregion. Die Menschen in Tunesien und Ägypten erreichten zwar, dass die bisher regierenden Diktatoren abtreten mussten, aber die Diktatur blieb. In Tunesien stützte das Militär eine Übergangsregierung, in Ägypten behielt die Armee die Macht und bildete einen Militärrat.

In Libyen kam es etwa zeitgleich mit den ersten Demonstrationen im islamisch geprägten östlichen Teil des Landes zu bewaffneten Angriffen von Islamisten auf Polizei und Armee. Diese eskalierten schließlich zum Bürgerkrieg, flankiert vom imperialistischen Angriffskrieg der NATO. In der libyschen Hauptstadt Tripolis regiert inzwischen übergangsweise ein wackeliges Bündnis aus islamistischen Fundamentalisten und wirtschaftsliberalen Abtrünnigen des früheren Regimes Gaddafis, auf das allerdings bewaffnete Stammesverbände erheblichen Einfluss ausüben, auch wenn die von Katar beeinflussten extremen Islamisten die militärisch stärkste Kraft sind und mit dem Kommandeur der Tripolis-Brigaden Abdel Hakim Belhadsch die Hauptstadt kontrollieren.

In Syrien hielt sich lange ein sehr gespanntes Gleichgewicht zwischen gewaltfreien Demonstrationen, Protesten und bewaffneten Auseinandersetzungen. Einige Einheiten der Armee setzten sich vom Regime ab und liefern sich seitdem Kämpfe mit der syrischen Armee. Noch kann sich die Regierung Assads halten, eine entscheidende Zuspitzung des Konflikts hat es bisher noch nicht gegeben. Auch wenn vielen Aufständischen die nicht-militärischen Mittel des Widerstands erschöpft erscheinen, schrecken sie mindestens noch vor dem Einstieg in einen offenen Bürgerkrieg zurück.

In Saudi-Arabien wurden die Proteste niedergeknüppelt, als sie noch klein waren, und mit sozialen Zugeständnissen erstickt, in Bahrain mit militärischer Hilfe aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten blutig niedergeschlagen.

Im Jemen kämpfen bewaffnete Rebellen, unter anderem auch Al Qaida-Kämpfer und abtrünnige Armeeeinheiten, gegen die reguläre Armee. Im Kernbereich seiner Macht konnte

sich die Regierung des Präsidenten Salih, der bei einem Angriff der Aufständischen schwer verletzt wurde und monatelang in Saudi-Arabien behandelt werden musste, bisher aber behaupten.

In Algerien konnte die Regierung die Proteste vor allem durch die Rücknahme der Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, die die Proteste ausgelöst hatten, unter Kontrolle halten. Die Regierung bewilligte unter anderem neue Sozialprogramme, zum Beispiel zinslose Kredite für junge Menschen, und versprach Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 112 Milliarden Euro. Das Justizpersonal, das im Februar gestreikt hatte, erhielt eine Gehaltserhöhung um 110 Prozent, die Gehälter der UniversitätsprofessorInnen wurden vervierfacht. Die Regierung hob am 24. Februar 2011 den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand auf und kündigte politische Reformen an.

In Marokko verdoppelte die Regierung die staatliche Subventionierung von Konsumgütern, vor allem von Benzin und Gas. Der König versprach außerdem bürgerlich-demokratische Reformen einschließlich einer Verfassungsreform.

Auslöser der Proteste, die alle nicht aus dem Nichts kamen, sondern ihre Grundlagen in früherem Protest und Widerstand haben, war bzw. ist die Unzufriedenheit der Bevölkerungen. Das materielle Dasein vieler Menschen bewegt sich am Existenzminimum. Hinzu kommt die staatliche Repression und Unterdrückung, die die Unsicherheit des Lebens noch erhöht. Unzufrieden ist insbesondere auch eine Generation von gut ausgebildeten jungen Menschen, die trotz ihrer hohen Qualifikation wenig Chancen auf einen angemessenen Arbeitsplatz haben. Das durch die zunehmende Privatisierung der Industrie und die Öffnung der Länder für ausländisches Kapital verschärfte Elend und die mit der Verweigerung bürgerlicher Menschenrechte verbundene ständige Repression führen immer wieder zu kleineren Protesten. Sie sind miteinander noch unverbunden und können auch aufgrund der staatlichen Repression keine flächendeckende Wirkung entfalten. Der mediale Blick auf die Lebensweise und den relativen Wohlstand in den kapitalistischen Zentren durch die neuen Kommunikationsmittel wie Internet und Satellitenfernsehen weckt die Begehrlichkeiten nach den vermeintlichen Annehmlichkeiten des Lebens, die viele Menschen in den kapitalistischen Zentren haben. Wenn dann gesellschaftliche Ereignisse hinzukommen, die in diesem Zusammenhang mit dem erlebten eigenen Elend eine hohe Symbolwirkung entfalten, kann sich die Unzufriedenheit in einen Aufstand entladen.

Voraussetzung dafür sind die Kenntnisse auch darüber, wie die neuen technischen Möglichkeiten wie Internet und Handykameras eingesetzt werden können, um Menschen zum Beispiel mit aufwühlenden Bildern der Missstände emotional erreichen zu können. Und es muss ein Wissen um erfolgsversprechende Aktionsformen von regionalen sozialen Kämpfen im eigenen Land und von Widerstandsbewegungen in anderen Ländern hinzukommen. Ein Beispiel sind die Platzbesetzungen mit Zelten. Einzelne Menschen, die sich aufopfern, bekommen auch im Zusammenhang mit der kulturellen Prägung der Menschen für Viele Märtyrer- und Vorbildcharakter. So kann es zu einem Aufkochen der lange schwelenden Gefühle und der Explosion einer kämpferischen Handlungsbereitschaft bei einer Masse von Menschen kommen.



→Bild 3 (Tunesien)

Tunesien

Der ökonomische Hintergrund für die katastrophale soziale Lage vieler Menschen in Tunesien ist in der Transformation der diktatorischen Strukturen einer bürokratischen Planwirtschaft zu einer von den kapitalistischen Zentren noch abhängigeren kapitalistischen Peripherie.



→Bild 4 (Tunesien Gafsa, Sidi Bouzid, Tunis)

Eine wesentliche Vorgeschichte des tunesischen Aufstands sind die Proteste und der Widerstand der ArbeiterInnen im Bergbaubecken von Gafsa im Jahr 2008. Das »Becken von Gafsa« im Südwesten Tunesiens ist eine Bergbauregion, in der hauptsächlich Phosphat abgebaut wird. Die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung in den Bergwerken hatte dazu geführt, dass immer weniger Arbeitskräfte benötigt wurden. Weil Anfang 2008 neu ausgeschriebene Stellen durch Korruption und Vetternwirtschaft vergeben wurden, kam es bis Juni 2008 zu monatelangen Protesten und Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Armee. Im Dezember 2008 flammten die Proteste aufgrund der skandalösen Gerichtsprozesse gegen AktivistInnen erneut auf. Im Zusammenhang mit dem Protest und Widerstand in Gafsa kam es 2008 in Tunesien auch zum ersten Mal zu einer Art Bündnis zwischen NetzaktivistInnen, die schon länger blogten und jetzt über den Aufstand in der Bergbauregion berichteten.



→Bild 5 (Tunesien Regionen)

In Tunesien begannen die aktuellen Proteste anders als in Ägypten nicht in der Hauptstadt, sondern in einer der benachteiligten Regionen, in der an die Bergbauregion Gafsa angrenzenden landwirtschaftlich geprägten Region Sidi Bouzid. Von dort aus sprangen sie dann auf die Hauptstadt Tunis über, wo sich viele Menschen mit dem Widerstand in der Provinz solidarisierten.

Mohammed Bouazizi schlug sich in der Kleinstadt Sidi Bouzid, die in der gleichnamigen Region liegt, als fliegender Obst- und Gemüsehändler durch. Weil sein Vater gestorben war, musste er die Familie auf diese Weise ernähren und konnte keinen Hochschulabschluss machen, obwohl er Abitur hatte. Er wurde immer wieder von der Polizei gegängelt, ausgepresst und misshandelt. Schließlich verbrannte er sich selbst. Als er sich anzündete rief er immer wieder: »Schluss mit der Armut! Schluss mit der Arbeitslosigkeit!« Im Anschluss daran versammelten sich viele EinwohnerInnen von Sidi Bouzid vor der Präfektur. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Das ließ die Proteste gegen die Preissteigerungen und die Arbeitslosigkeit, die es schon vorher immer wieder gegeben hatte, eskalieren.

Über mehr als zwei Wochen konnten die Menschen im Fernsehen und über das Internet das Leiden und langsame Sterben des tödlich verletzten Mohammed Bouazizi verfolgen, was die Wut lebendig hielt. Sein Tod machte ihn in der Wahrnehmung der Menschen zum Märtyrer. Mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten werden Informationen schneller und direkter verbreitet. Das Leiden wurde stellvertretend für Viele in zugespitzter Form anschaulich gemacht.

Neben der Jugendbewegung spielte und spielt in Tunesien auch die gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnenbewegung eine wesentliche Rolle beim Aufstand gegen den Präsidenten. Schnell waren in Tunesien die BergbauarbeiterInnen dabei, Unterdrückte, die aus den vorangegangenen sozialen Konflikten heraus die Proteste und den Widerstand mittrugen.

Ein Generalstreik am 14. Januar 2011 entwickelte sich zu einer machtvollen Großkundgebung. Am Nachmittag gab Präsident Ben Ali noch bekannt, dass es Neuwahlen in 6 Monaten geben werde, und verhängte den Ausnahmezustand über das gesamte Land, am Abend floh er ins Exil nach Saudi-Arabien. Schließlich griff das Militär mit ein. Es ging unter anderem gegen die Leibgarde des Präsidenten vor, nachdem dieser geflohen war. Damit sicherte die Armee die Bildung einer Übergangsregierung ab. Zuvor hatten bereits Soldaten zeitweise DemonstrantInnen vor der Polizei geschützt.

Am 23. Oktober wurde in Tunesien eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt und im kommenden Jahr 2012 soll ein Parlament gewählt werden.

Bald war abzusehen, dass dabei die islamistische Bewegung Ennahda eine wesentliche Rolle spielen würde, deren Verbot am 1. März 2011 aufgehoben wurde. Der Anführer der Muslimbrüder Rached Ghannouchi kehrte 2011 nach zwanzig Jahren Exil aus London nach Tunesien zurück. Die Ennahda war nicht an der Übergangsregierung beteiligt und spielte beim Aufstand keine große Rolle, konnte aber im Gegensatz zu den meisten anderen Oppositionskräften mit Ausnahme der Gewerkschaften bestehende Organisationsstrukturen und Mobilisierungspotenziale nutzen, zum Beispiel in den Moscheen des Landes. In den Jahren vor dem Aufstand boten die Moscheen eine der wenigen Möglichkeiten, sich legal versammeln zu können.

Viele ärmere Menschen in den religiös geprägten ländlichen Gebieten wählten die Ennahda wahrscheinlich auch aus einer unreflektierten antiimperialistischen Haltung heraus. Kosmopolitische Überzeugungen werden abgelehnt, wenn sie mit proimperialistischen verwechselt bzw. gleichgesetzt werden. Dazu hatte die laizistisch auftretende Diktatur Ben Alis einen wesentlichen Beitrag geliefert. Ursache ist ein widersprüchlicher Prozess, der aus einer Gemengelage von sozialer und kultureller Frage resultiert. Auf der einen Seite wendet sich der Aufstand beeinflusst von bürgerlich-demokratischen Werten und Idealen aus den kapitalistischen Zentren gegen die Diktatur im eigenen Land. Auf der anderen Seite werden die vorwiegend von der städtischen Oberschicht vertretenen säkularen Werte von den Unterdrückten und Ausgebeuteten als eine von außen und repressiv verordnete fremde Kultur empfunden. Hier wirkt der Ursprung dieser Werte im französischen Kolonialismus nach und dass die tunesische Oberschicht mit der Unabhängigkeit Tunesiens von Frankreich für sich die säkularen Werte der französischen bürgerlichen Demokratie postulierte. Weil sich an der imperialistischen Abhängigkeit von Frankreich nichts änderte, empfinden viele diese Werte als mit einer Kollaboration mit dem Imperialismus verbunden. Die ökonomische Krise vertieft diesen Widerspruch. Die Islamisten hingegen waren noch nicht das ausbeuterische Gegenüber der ArbeiterInnen im Betrieb. Die Folge ist eine bewusste Abgrenzung von weltlichen Werten und die vermeintliche Rückbesinnung auf eine eigene kulturelle Identität, die in einer bestimmenden Rolle der Religion gesehen wird. Auch die Übernahme sozialer Versorgung durch die Islamisten in armen Wohnbezirken, in denen der Staat soziale Versorgungsfunktionen aufgegeben hatte, kam der Ennahda zugute.

Die von den säkularen Kräften bisher besonders brutal verfolgten und an den Rand gedrängten Muslimbrüder genießen einen hohen Respekt und werden als Garanten dieser eigenen Identität und einer Unabhängigkeit von imperialistischer Unterdrückung gesehen. Das ist ein fataler Irrtum, denn die Ennahda und die Muslimbrüder stehen einer Öffnung ihrer Länder für die Interessen des Kapitals aus den kapitalistischen Zentren keineswegs per se feindlich gegenüber. Die islamistischen Führer haben nicht zuletzt aufgrund ihres ausgeprägten Antikommunismus eine Nähe zu wirtschaftsliberal-kapitalistischen Theorien.



→Bild 6 (Ägypten, Libyen und Tunesien)

Ägypten

Ähnlich wie in Tunesien kann auch in Ägypten von einer Revolution keine Rede sein. Im Gegenteil, in Ägypten unterstützte das Militär nicht nur wie in Tunesien eine im Wesentlichen am Bestehenden festhaltende Übergangsregierung, sondern übernahm selbst die Macht als Präsident Husni Mubarak am 11. Februar 2011 nicht mehr zu halten war.



→Bild 7 (Ägypten)

In Ägypten war der Aufstand das Ergebnis eines Zusammenwirkens von jugendlichen AktivistInnen, die hauptsächlich über das Internet vernetzt und organisiert sind, der strömungsübergreifenden Mittelschichtsbewegung »Kifaja« (»Es reicht«-Bewegung) und der ArbeiterInnenbewegung, die im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen in den vorangegangenen Jahren illegale Gewerkschaften gebildet hatte. Die bisher einzige legale Gewerkschaft Ägyptens war systemkonform.

In Ägypten ging es stärker um die Grundbedürfnisse als in Tunesien, das eine breite Mittelschicht hat. 40 Prozent der ägyptischen Bevölkerung verdienen weniger als einen Dollar pro Tag. Im Vergleich mit Tunesien herrscht in Ägypten eine insgesamt größere soziale Not, weil Ägypten im Verhältnis zu den verteilbaren Ressourcen größer ist als Tunesien. Im Sommer 2010 gab es in Ägypten eine Hungersnot, die die Armee mit Lieferungen aus ihren Brotfabriken linderte.

Die Oppositionellen wählten den 25. Januar 2011 für die erste große Protestversammlung, weil der 25. Januar in Erinnerung an Kämpfe der ägyptischen Polizei mit dem Militär der britischen Kolonialmacht 1952 in Ägypten als »Tag der Polizei« im Namen der Freiheit gefeiert wird. Die Protestbewegung funktionierte diesen Tag durch Aufrufe, auch im Internet, zum »Tag des Zorns« um. Zehntausende kamen zu diesem Massenprotest gegen die Regierung. Die repressive, konterrevolutionäre Rolle der Polizei steht im krassen Widerspruch zum Anspruch dieses Tages der Polizei.

Das Militär unterdrückt die weiter anhaltenden Proteste mit der gleichen Brutalität wie zuvor das Regime von Husni Mubarak. Nach wie vor gibt es Tote, wenn die DemonstrantInnen angegriffen werden, sie werden willkürlich verhaftet, insbesondere Frauen werden Opfer sexueller Gewalt.

Das Militär ist nicht an einem Prozess der Demokratisierung interessiert, sondern am eigenen Machterhalt. Die Armee will ihre die Gesellschaft und die Wirtschaft bestimmende Rolle nicht verlieren.

Ökonomisch befindet sich Ägypten in einer Phase des Übergangs von einer Wirtschaft mit bürokratisch geplanten Strukturen in einen weitgehend unregulierten Kapitalismus. Die Familie Mubaraks bereicherte sich im Zuge einer Privatisierung an Betrieben, die vorher im Staatseigentum waren. Immer noch kontrolliert aber die Armee ein Drittel der gesamten ägyptischen Wirtschaft, eine Struktur, die in der Nasser-Zeit entstanden war, seit der die Armee auch der Garant einer relativ laizistischen Ausrichtung des ägyptischen Staates ist. Seit 1981 ist allerdings die Scharia laut Verfassung die grundlegende Quelle der Gesetzgebung.

Das wesentliche Manko der Protestbewegung ist, dass sie nicht willens bzw. in der Lage ist, selbst die Machtfrage zu stellen. Ihre Strategie zielt nur auf die Ablösung der Machthaber ab. Das liegt zum einen an der fehlenden sozialrevolutionären Perspektive, zum anderen am Vertrauen auf den bürgerlich-demokratischen Prozess von Wahlen.

Die Massendemonstrationen, insbesondere die in Kairo auf dem Tahrirplatz, sind das notwendige Korrektiv zur Herrschaft des Militärrats. Andererseits waren viele Leute der ständigen Proteste bereits Mitte 2011 überdrüssig und wollten wieder einen geregelten Alltag und Geld verdienen.

Eine herbe Niederlage für den jugendlichen und relativ unorganisierten Teil der Protestbewegung war bereits das Abstimmungsergebnis des Referendums am 19. März 2011 über die vom Militärrat vorgelegten Verfassungsänderungen. 77 Prozent der WählerInnen stimmten der Verfassung zu. Die Wahlbeteiligung lag bei 41 Prozent der Wahlberechtigten. Viele Gruppen, die die Proteste organisiert hatten, hatten dazu aufgerufen mit Nein zu stimmen, weil ihnen die Änderungen nicht weit genug gingen bzw. weil sie einen gesellschaftlich beeinflussten verfassungsgebenden Prozess gefordert hatten. Sowohl die AnhängerInnen der ehemaligen Regierungspartei NDP und die Muslimbruderschaft befürworteten die Vorlage der vom Militärrat eingesetzten Verfassungskommission.

Unverändert blieb der Artikel 2 der Verfassung, in dem der Islam zur Staatsreligion erklärt wird und die Scharia als die grundlegende Quelle der Gesetzgebung festgelegt ist. Die Muslimbrüder wollten insbesondere die Streichung dieser Inhalte verhindern.

Liberales und linke Kräfte in Ägypten lehnen den Artikel 2 der Verfassung ab und befürchten, er könnte heute den Islamisten zur Errichtung eines ägyptischen Gottesstaates dienen.

Bei der ersten von drei Runden der Parlamentswahl in Ägypten Ende November 2011 gewannen wie in Tunesien die Islamisten die Mehrheit der Stimmen. Wahlsieger wurde die Partei für »Freiheit und Gerechtigkeit« der Muslimbrüder, gefolgt von der Partei al-Nur, der noch strenger religiösen und von Saudi-Arabien beeinflussten Salafisten.



→Bild 8 (Libyen und Ägypten)

Libyen

Letztlich war der Krieg in Libyen, der zum Sturz und zur Ermordung Gaddafis führte, das Ergebnis eines Bündnisses von antikommunistischen islamischen Fundamentalisten, Anhängern bzw. Mitgliedern der sunnitischen, vom Salafismus beeinflussten religiösen Strömung der Senussi im Osten Libyens und proimperialistischer, wirtschaftsliberaler

ehemaliger Funktionsträger des Gaddafi-Regimes mit Regierungen der kapitalistischen Zentren EU-Europa und USA.



→Bild 9 (Libyen)

Dieses Bündnis geht zum Teil, was die USA angeht, fast 30 Jahre zurück. Mit Hilfe der CIA wurde Anfang 1981/82 die »National Front for the Salvation of Libya (NFSL)« gegründet mit dem Ziel, Gaddafi zu stürzen. Sie stützt sich auf den Bengasi-Clan, dem auch der von Gaddafi 1969 in einem Putsch gestürzte König Idriss II angehörte. Seit 1988 hat die NFSL mit der »Libyschen Nationalarmee« auch einen militärischen Arm. Zu den Protesten am 17. Februar 2011 in Bengasi, die als Beginn des Aufstands in Libyen gelten, mobilisierte die NFSL über Facebook im Internet.



→Bild 10 (Libyen Bengasi und Derna)

Eine weitere bewaffnete islamistische Gruppe in Libyen ist die 1995 von ehemaligen anti-kommunistischen Afghanistan-Veteranen in Libyen gegründete »Libyan Islamic Fighting Group«, die ihre Hochburg in Derna, östlich von Bengasi hat. Diese Gruppe führte zunächst bewaffnete Aktionen in Bengasi durch und unternahm im März 1996 einen Attentatsversuch auf Gaddafi.

Dieser Attentatsversuch hat viel mit den Protesten und bewaffneten Auseinandersetzungen im Jahr 2011 zu tun. Denn nach dem Attentat wurden über 1000 Islamisten verhaftet und im Abu-Salim-Gefängnis in Tripolis inhaftiert. Dort überfielen die Gefangenen im Juni 1996 einen Wächter und misshandelten ihn so schwer, dass er starb. Nachdem die anderen Wächter ihn tot gefunden hatten, ermordeten sie in einem Massaker auf dem Gefängnishof etwa 1200 Gefangene.

Ein Teil der Angehörigen der Getöteten, die Aufschluss über die Vorgänge von 1996 forderten, wurden bzw. werden 2011 von Anwälten vertreten, die zu den MenschenrechtsaktivistInnen gezählt werden, die unter anderen im Februar 2011 in Bengasi gegen das Gaddafi-Regime auf die Straße gingen.

Eine Demonstration von Angehörigen der Opfer des Gefängnismassakers von 1996 gegen die Verhaftung eines ihrer Anwälte, Fathi Terbil, am 15. Februar 2011 stand am Anfang der Revolte in Bengasi. Unter den DemonstrantInnen waren auffallend viele Frauen. Sie waren Angehörige der Opfer des Gefängnismassakers.

Schon vor den Auseinandersetzungen am 17. Februar 2011, der in den bürgerlichen Medien meist als Beginn der Proteste in Libyen genannt wird, waren oppositionelle Kräfte aber auch schon gewaltsam gegen das Gaddafi-Regime vorgegangen. Was zunächst den Anschein einer Protestbewegung erweckte, ging auf diese Weise unmittelbar in einen bewaffneten Aufstand über. Die bewaffneten islamistischen Gruppen hatten offensichtlich nur auf eine Gelegenheit gewartet, losschlagen zu können. So nahmen die Auseinandersetzungen in Libyen schnell auch militärischen Charakter an. Armeeeinheiten liefen zu den Aufständischen über.

Der 17. Februar 2011 wurde von den IslamistInnen für die Organisation von Protesten mindestens auch deshalb bewusst gewählt, weil sich an diesem Tag zum fünften Mal eine Demonstration in Bengasi gegen die Mohammed-Karikaturen jährte, die die Regierung

damals blutig hatte niederschlagen lassen, wobei mehrere Demonstranten getötet worden waren.

Sicher gingen auch in Libyen junge Menschen, AnwältInnen und AkademikerInnen ohne Gewalt mit Forderungen nach mehr Freiheit und Demokratie und bessere Lebensbedingungen auf die Straße. Aber es waren nicht besonders viele. Sie wurden schnell von den zu den Oppositionellen übergelaufenen Regierungspolitikern und der Exilopposition an den Rand der Aufstandsbewegung gedrängt.



→Bild 11 (Libyen)

Wegen sinkender Ölpreise Mitte der 1980er Jahre musste der libysche Staat ab 1987/88 drastisch sparen. Hinzu kam Anfang der 1990er Jahre der Zusammenbruch des wichtigsten Wirtschaftspartners, der Sowjetunion, und von 1992 bis 2003 massive Wirtschaftssanktionen der Länder der kapitalistischen Zentren und ein weiter niedriger Ölpreis. Außerdem waren die Anlagen zur Ölförderung zum Teil veraltet, Ersatzteile fehlten. Der Druck von außen wurde so stark, dass ihm die Regierung Gaddafis 2005 nachgab. Um Libyen in den kapitalistischen Weltmarkt zu reintegrieren ließ sie umfangreiche Privatisierungen zu, insbesondere für ausländisches Kapital. Die Ölkonzerne aus den kapitalistischen Zentren konnten wieder in die Erdölförderung in Libyen einsteigen. Die Subventionen für Benzin und Grundnahrungsmittel wurden stark gekürzt. Die materielle Lebenssituation vieler Menschen in Libyen verschlechterte sich.

Deshalb erhielten im Februar 2009 die Pläne zu einer noch weitergehenden Liberalisierung der Wirtschaft und des weiteren Abbaus von Subventionen von den libyschen Basisvolkskongressen eine Absage. Die Verfechter sogenannter Reformen für noch mehr Privatisierung waren zunehmend frustriert. Die Basisvolkskongresse waren unter Gaddafi Basisversammlungen auf Gemeindeebene, an denen alle volljährigen Frauen und Männer teilnehmen können, und in denen unter anderem ökonomische Fragen wie die Verteilung des Ölreichtums diskutiert werden. Die nächste Ebene bildeten die Regionalen Volkskongresse. Einmal im Jahr tagte der Generalvolkskongress, in dem knapp 600 VertreterInnen der Basisvolkskongresse und der Regionalen Volkskongresse die Gesetze für das kommende Jahr billigten.

In Libyen gab es unter Gaddafi keine fest organisierten Gegenkräfte zum Regime, keine Parteien und keine Gewerkschaften, nicht einmal staatlich gelenkte.

Anders als in Tunesien und Ägypten spielen dagegen in Libyen ethnische Zugehörigkeiten und die etwa 140 Stämme, davon 30 große, eine wesentliche Rolle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Unter der Maßgabe »Wir sind alle Libyer« wurden die Berber seit Gaddafis Putsch 1969 unterdrückt. Schlüsselpositionen besetzte Gaddafi mit Mitgliedern seines relativ kleinen und vor 1969 unbedeutenden Al-Gaddafa-Stammes und später zunehmend mit Familienmitgliedern. Den mit bis zu einer Million Menschen größten Stamm des Landes, die Wafalla, hielt sich Gaddafi mit Geld gefügig. Sie hielten auch während des Krieges noch zu Gaddafi.

Bürgerkrieg und NATO-Angriffskrieg

Nachdem islamistische Gruppen und unter anderem die zu den Oppositionellen übergelaufenen bisherigen Spezialeinheiten des Innenministeriums mit dem bisherigen Innenminister

Abdel Fattah Junis an der Spitze die Auseinandersetzungen mit der Polizei und Regierungstruppen zum Bürgerkrieg eskaliert hatten, waren die politischen VertreterInnen des Kapitals in den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa in Zugzwang. Mit unbewiesenen Behauptungen setzten sie im März 2011 im UN-Sicherheitsrat die Resolution 1973 durch. Mit ihr konnten alle Länder, die wollten, militärische Aktionen zum angeblichen Schutz der Zivilbevölkerung in Angriff nehmen – insbesondere um eine Flugverbotszone für libysche Flugzeuge über Libyen durchzusetzen. Das schloss die Bombardierung der regulären libyschen Truppen unausgesprochen mit ein.

Für den ausschlaggebenden Vorwurf, die libysche Armee sei mit Luftangriffen gegen friedliche DemonstrantInnen vorgegangen, gibt es keinerlei Beweise. Nicht einmal die Botschaften der kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa in Tripolis konnten den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung bestätigen. Auch für die abenteuerliche Behauptung, die Regierung Gaddafis hätte Kondome und Viagra an Soldaten verteilen lassen, und sie zu Massenvergewaltigungen aufgefordert, fehlt jeglicher Beweis.

Bei der Abstimmung über die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates enthielten sich Brasilien, China, Russland, Indien und die BRD.

Mit ihrer Enthaltung im UN-Sicherheitsrat hat die Regierung der BRD den imperialistischen Angriffskrieg gegen Libyen mit ermöglicht. Entgegen offiziellen Verlautbarungen nahm die BRD auch aktiv am Krieg teil. An der Zielzuweisung im Libyen-Krieg waren elf Soldaten der Bundeswehr in einem extra dafür neu geschaffenen sogenannten Gefechtsstand der NATO in Italien beteiligt. Die Bombardierungen – unter anderem auch des staatlichen Fernsehsenders – kosteten vielen tausend Menschen das Leben.

Auch wenn die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates sehr ungenau formuliert war und viele Möglichkeiten offen lässt, überschritt die imperialistische Kriegsallianz das mit der Resolution verbundene UN-Mandat deutlich. Sie fungierte als die vernichtende Luftwaffe der Rebellen. Die libysche Armee war unabhängig von ihren Aktionen Freiwild für die NATO-Bomber. Zehntausende ZivilistInnen beider Seiten fielen den Bomben zum Opfer, Tripolis wurde mit ständigen Luftangriffen monatelang systematisch sturmreif gebombt.



→Bild 12 (Libyen Bengasi und Derna)



Bild 13 (Libyen Nafusa-Berge)

Eine wesentliche Rolle für die Kämpfe im Westen des Landes und für die Eroberung der Hauptstadt Tripolis vom 21. bis 27. August 2011 spielte die Minderheit der Berber aus dem südwestlich von Tripolis gelegenen Nafusa-Gebirge, die sich für die ursprünglichen BewohnerInnen Libyens halten. Sie wurden unter Gaddafi benachteiligt und kulturell unterdrückt. Die Ortschaften von zu Gaddafi stehenden Stämmen wurden von den Berber-Rebellen verwüstet, die meisten EinwohnerInnen flohen.

Grausamkeiten im Bürgerkrieg in Libyen gab es auf beiden Seiten. Belegt sind u.a. Massaker der Rebellen an Gaddafi-Anhängern, die mit Plastikfesseln um die Handgelenke ermordet aufgefunden wurden. Außerdem kam es zu Massakern an Arbeitsimmigranten aus Ländern südlich der Sahara mit dunkler Hautfarbe. Im Zuge des Bürgerkriegs konnte der Rassismus arabischer Bevölkerungsteile, der zum Teil noch auf die Zeit des afrikanischen Sklavenhandels zurückgeht, pogromartig eskalieren.

Am mindestens vorläufigen Ende des Krieges reihte sich die Ermordung Gaddafis am 20. Oktober 2011, den die Rebellen flankiert durch einen NATO-Luftangriff am selben Tag

verletzt gefangen genommen hatten, nahtlos in die grausame Rache-Logik der Rebellen ein.

Wie dreist auch die vermeintlich gemäßigten Kräfte in Libyen sind, zeigte sich unmittelbar nach dem blutigen Sieg über das Gaddafi-Regime. Bei der Feier am 23. Oktober 2011 zur angeblichen Befreiung Libyens düpierte der Präsident des Nationalen Übergangsrats die imperialistischen Verbündeten, indem er verkündete: »Wir, als islamischer Staat, haben die islamische Scharia als Grundlage des Rechts angenommen. Jedes Gesetz, das gegen islamische Prinzipien, das gegen die Scharia verstößt, ist nicht mehr rechtskräftig.« Die Irritationen, die das international auslöste sind allerdings nicht ernst zu nehmen. Dass Dschalil ein islamischer Staat, dessen Rechtssystem auf der Scharia basiert, vorschwebte, war schon vorher bekannt.

Während in Tunesien und Ägypten voraussichtlich eine Art AKPisierung, also eine eher gemäßigt islamistische politische Ausrichtung wie zurzeit in der Türkei, bevorsteht, wird Libyen der islamistischste Staat werden, abhängig von Katar und Saudi-Arabien. Die Indizien, dass Libyen sich in eine strenge islamistische Gesellschaft und einen entsprechend religiösen Staat wandeln wird, sind relativ eindeutig.

Besonders bitter ist die Entwicklung hin zu einer den Staat bestimmenden Religiosität für die Frauen in den betroffenen arabischen Ländern. Besonders in Libyen werden sie im Vergleich zu vorher massiver Unterdrückung ausgesetzt sein. Aber auch in Tunesien und Ägypten werden ihre bisherigen relativen Freiheiten weiter eingeschränkt.



→Bild 14 (Syrien)

Syrien

Ein wesentlicher Ursprung der Proteste in Syrien liegt fast 30 Jahre zurück. Am 2. Februar 1982 begannen die Muslimbrüder einen bewaffneten Aufstand, der den Sturz des damaligen Präsidenten Hafis al-Assad zum Ziel hatte. Dieser war der Vater des heutigen Präsidenten Bashar al-Assad. Vorangegangen waren drei Jahre, in denen die Muslimbrüder immer wieder Anschläge verübt hatten und vom Regime brutal verfolgt worden waren. Allein auf die Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft steht in Syrien die Todesstrafe. Die syrische Armee brauchte im Februar 1982 drei Wochen um den Aufstand mit aller Härte niederzuschlagen. Zehntausende Menschen sollen bei den Angriffen der Armee getötet worden sein. Viele führende Mitglieder der sunnitischen Muslimbruderschaft gingen anschließend ins Exil.

Dass in Syrien die alawitische Minderheit über die sunnitische Mehrheit herrscht, ist letztlich ein Relikt aus der Kolonialzeit. Die französische Kolonialmacht hatte in Syrien eine lokale Armee gegründet, der vor allem die Minderheit der Alawiten angehörte. Auch für andere sozial benachteiligte Minderheiten wie die Christen, Drusen und Armenier war eine Stellung in der Armee attraktiv. Hinzu kamen Sunniten aus der Unterschicht. Die hauptsächlich von den Alawiten geführte Armee diente dazu, den Widerstand der aus SunnitInnen bestehenden syrischen Oberschicht zu brechen bzw. unter Kontrolle zu halten.

Auch nach der Unabhängigkeit, die Syrien im Zuge des 2. Weltkriegs zugesprochen wurde und die 1946 begann, blieb die Armee in der Hand der alawitischen Minderheit.

1966 erzwang das Militär, dass der damalige Luftwaffenchef Hafis al-Assad, der auch schon jahrelang Mitglied der Baath-Partei war, Verteidigungsminister wurde, und sicherte dem

linkeren Flügel der Baath-Partei die Macht im Staat. 1970 putschte das Militär unter der Führung von Hafis al-Assad dann gegen den linken Flügel der Baath-Partei, 1971 wurde er Präsident.



→Bild 15 (Syrien Städte)

Nach dem Tod von Präsident Hafis al-Assad und der Übernahme des Präsidentenamtes durch dessen vermeintlich intellektuell aufgeschlossenen Sohn Bashar al-Assad bildeten sich zwischen Juni 2000 und August 2001 hauptsächlich in Damaskus zahlreiche Diskussionszirkel. Sie forderten ein Ende der Notstandsgesetze, Meinungsfreiheit und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen. Aber die Hoffnungen dieses sogenannten »Damaszener Frühlings« wurden bald enttäuscht. Die Dissidenten wurden vom Regime als »neokoloniale Bewegung« abgestempelt, die staatliche Repression wieder verschärft. Kritische Intellektuelle veröffentlichten aber weiter offene Briefe, darunter im Oktober 2005 die »Damaszener Erklärung«, die von kleinen Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet wurde. Darin werden Meinungsfreiheit und eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie gefordert. 2007 schlossen sich die Dissidenten im »Nationalen Rat der Damaszener Erklärung« zusammen, woraufhin viele der Initiatoren festgenommen wurden.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Syrien hängt wie in Tunesien, Ägypten und Libyen auch mit Umverteilungsprozessen von unten nach oben zusammen, die mit der Öffnung des Landes für eine uneingeschränkte kapitalistische Verwertung seit dem Jahr 2000 einhergingen.

Erste Versuche, nach dem Vorbild der bisherigen Proteste und Aufstände in anderen arabischen Ländern eine Protestbewegung auf den Weg zu bringen, gab es Mitte Februar 2011. An diesen Protesten, zu denen im Internet aufgerufen wurde und die sofort von den syrischen Sicherheitskräften unterdrückt wurden, beteiligten sich zunächst nur wenige Menschen.

Am 6. März 2011 wurden in der Stadt Daraa nahe der jordanischen Grenze 15 Jugendliche – alle unter 17 Jahren – festgenommen und misshandelt, die regimekritische Parolen an die Wand ihrer Schule gesprüht haben sollen, darunter den Spruch »Das Volk will den Sturz des Regimes«.

Relativ zeitgleich kam es in Daraa und in Damaskus Mitte März 2011 erst zu kleineren, dann zu größeren Demonstrationen. In Daraa wurden am 18. März 2011 bei einer Demonstration für die Anfang März festgenommen Jugendlichen, für politische Freiheit und ein Ende der Korruption drei Menschen von den Sicherheitskräften getötet. Am nächsten Tag, also am 19. März 2011, nahmen in Daraa tausende Menschen an der Demonstration für die am Vortag Getöteten teil. Jedesmal, wenn wieder bei den Demonstrationen Menschen getötet wurden, gingen bei der nächsten Demonstration zur Beerdigung der »Märtyrer« noch mehr Menschen auf die Straße. Die Proteste weiteten sich zu einer Revolte der sunnitischen Stämme in Daraa aus, in deren Folge das Regime die Kontrolle über die Stadt verlor.

Noch hält das Assad-Regime die wichtigsten beiden Städte Damaskus und Aleppo unter seiner Kontrolle. Hier reichten bisher polizeiliche und geheimdienstliche Sicherheitskräfte, um die Proteste niederzuhalten. Das Militär wurde hier anders als in mehreren anderen Städten im ganzen Land noch nicht eingesetzt.

Die syrische Oppositions- und Protestbewegung versucht in ihrer überwiegenden Mehrheit,

bürgerkriegsähnliche bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhindern. Auch lehnen sie mindestens bisher die Unterstützung durch einen imperialistischen Luftangriffskrieg der kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa wie in Libyen ab. Aber es gibt eine bisher begrenzte Zahl Überläufer aus Armee und Teilen des polizeilichen Repressionapparates, die ihre Waffen jetzt im Widerstand benutzen. Und es gibt islamistische Gruppen, die Waffenlager besitzen. Einige lokale Gruppen haben sich mit Jagdgewehren zum Selbstschutz bewaffnet.

In alawitischen Gebieten nahe der Küste haben die Einwohner wiederum Schutzmilizen gebildet gegen die Aufständischen. Auch in christlichen Vierteln von Damaskus haben Menschen Bürgerwehren gegründet, um einen möglichen Einmarsch islamistischer Gruppen zu verhindern.

Der Nachrichtensender Al-Dschasira zeigte Bilder von bewaffneten Kämpfern der sunnitischen Muslimbruderschaft. Sie ist bei AlawitInnen und ChristInnen gefürchtet und greift unter anderem mit der Parole »Alawiten ins Grab, Christen nach Beirut« die relativ säkulare Ausrichtung der syrischen Gesellschaft an.

Wie die Lokalen Koordinierungskomitees will der Nationalrat der Opposition, der in Istanbul gegründet wurde, eine Strategie des unbewaffneten Widerstands verfolgen und lehnt eine kriegerische Einmischung der kapitalistischen Zentren ab.

Es ist allerdings denkbar, dass der Nationalrat eine militärische Intervention der Türkei auf Grundlage eines UN-Mandats akzeptieren würde, wenn die staatliche Gewalt nicht aufhört.

Am 2. November 2011 akzeptierte die Regierung Präsident al-Assads den Plan der Arabischen Liga für ein sofortiges Ende des gewaltsamen Vorgehens gegen RegimekritikerInnen in Syrien und für den Abzug des Militärs aus den Städten innerhalb von zwei Wochen. Es folgten aber keine entsprechenden Taten der syrischen Regierung. Das Gründungsmitglied Syrien wurde aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Weil das staatliche Töten in Syrien auch nach einem weiteren Ultimatum nicht beendet wurde, beschloss die Arabische Liga harte Sanktionen gegen Syrien. Ende November 2011 wurden unter anderem die Handelsbeziehungen mit Syrien und syrische Konten und Vermögenswerte eingefroren, die Geschäfte mit der syrischen Zentralbank ausgesetzt, Finanzhilfen für syrische Projekte gestoppt und ein Einreiseverbot für 19 ranghohe Vertreter der syrischen Regierung verhängt. Außerdem beschlossen die Regierungen der Länder der Arabischen Liga, dass es ab 15. Dezember 2011 keinen Flugverkehr mit Syrien mehr geben soll. Anfang Dezember 2011 kam in einer weiteren Sitzung der Liga der Stopp von Waffenlieferungen nach Syrien hinzu.

Nach Angaben des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen sind seit März 2011 mehr als 4000 Menschen bei den Auseinandersetzungen in Syrien getötet worden. Über 70 000 Menschen wurden in dieser Zeit in Gefängnisse geworfen.



→Bild 16 (Jemen)

Jemen

In der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DVRJ) im Süden mit einer bürokratischen Planwirtschaft gab es soziale Errungenschaften zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung, im Schulsystem und bei den Rechten der Frauen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschlechterte sich die ökonomische Situation so sehr, dass sich die Demokratische Volksrepublik Jemen mit der Arabischen Republik Jemen im Norden 1990 zur Republik Jemen zusammenschloss.



→Bild 17 (Jemen politisch)

Bald war ein großer Teil der Bevölkerung im Süden mit der ökonomischen Entwicklung auch nach der Vereinigung unzufrieden. 1994 kam es zu einem bewaffneten Aufstand, der nach zwei Monaten mit einer Niederlage für die Unabhängigkeitsbewegung endete.

Im Nordjemen hatte es zwischen 1962 und 1970 militärische Auseinandersetzungen zwischen religiösen Royalisten, die von Saudi-Arabien unterstützt wurden und säkularen Republikanern, die von einer 20 000 Mann starken ägyptischen Expeditionsarmee unterstützt wurden, gegeben. 1970 endete der Bürgerkrieg mit einem Kompromiss. Der bedeutete ein im Grunde bis zum Ausbruch der aktuellen Auseinandersetzungen bestehendes labiles Gleichgewicht zwischen der eher säkularen Zentralregierung und den religiös geprägten Stammesverbänden.

2003 kommt es in der nördlichen Provinz Saada zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen schiitischen Rebellen um den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Hussein al-Huthi, die der zaidistischen, gemäßigt schiitischen Glaubensrichtung des Islam angehören, und der Armee. 2004 nahmen die Kämpfe zu. Im September 2004 wurde Hussein al-Huthi mit einigen Anhängern von der jemenitischen Armee bei Kämpfen getötet. Sein Nachfolger wurde sein Bruder Abdulmalik al-Huthi. 2008 schien ein Waffenstillstand in greifbarer Nähe, aber 2009 flammten die Kämpfe erneut auf. Ungefähr ein Drittel der etwa 24 Millionen EinwohnerInnen des Jemen sind schiitische ZaidistInnen.

Anfang 2009 trat im Jemen ein weiterer bewaffneter Akteur offiziell auf die Bühne der Auseinandersetzungen. Der jemenitische Staatsbürger Nasir al-Wuhayshi, der enge Verbindungen zu Osama Bin Laden gehabt haben soll, verkündete die Fusion der jemenitischen und saudischen Kämpfer der al-Qaida zur »al-Qaida der arabischen Halbinsel« – Al-Qaida of the Arabian Peninsula (AQAP). Die AQAP ist salafistisch geprägt und bei den Kämpfen 2011 im Jemen insbesondere im Osten und im Süden in Erscheinung getreten. Sie eroberte die Stadt Sindschibar, die Hauptstadt der Provinz Abjan.

Im Jemen hatten sich die jahrelangen Auseinandersetzungen bereits im Jahr 2010 zuge- spitzt. Hier wurden seit Anfang Januar 2011 die Formen der Auseinandersetzung, an- geregt durch die Aufstandsbewegungen in Tunesien und Ägypten, von bürgerInnen- und menschenrechtlich motivierten AktivistInnen um das Mittel der Platzbesetzungen erweitert. Zehntausende saßen in Zelten vor der Universität von Sanaa.

Die von Ahmad Salih, dem Sohn des Präsidenten, kommandierte Republikanische Garde bekämpft den Protest mit brutaler Waffengewalt.

General Ali Mushin al-Ahmar, der ehemalige Kommandeur des nordwestlichen Militär- distrikts hat sich auf die Seite der Aufständischen geschlagen und den jugendlichen ProtestierenderInnen versichert, sie schützen zu wollen.

Neben den SeparatistInnen im Süden, der al-Qaida, den Huthi-Rebellen im Norden spielen auch die beiden größten sonst miteinander konkurrierenden Stammesverbände – die Haschid und die Bakil – eine wesentliche Rolle beim heterogenen Aufstand gegen die

Zentralregierung. Grund dafür sind deren jugendliche Mitglieder, die sich den Protesten angeschlossen haben. Die Stammesgebiete der Haschid sind nördlich und nordwestlich von Sanaa, die Bakil leben östlich von Sanaa.

Ende Oktober 2011 gab es wieder Kämpfe zwischen GegnerInnen und AnhängerInnen der Zentralregierung mit mindestens 20 Toten allein in der Hauptstadt Sanaa.

Ob die Konflikte im Jemen im offenen BürgerInnenkrieg enden und welche Kräfte sich dann durchsetzen, ist zurzeit offen.



→Bild 18 (Saudi-Arabien Halbinsel)

Bahrain

Als Beginn der Proteste in Bahrain im arabischen Frühling wird der 14. Februar 2011 angesehen. Für dieses Datum gab es einen Aufruf zu einem »Tag des Zorns«. Auch hier wählten die AufruferInnen wie in Ägypten und Libyen einen symbolträchtigen Tag. Es war der 10. Jahrestag des Bestehens der sogenannten »Nationalen Aktionscharta«. Aus diesem Anlass gab es Staatsfeiern in Bahrain. Die »Nationale Aktionscharta« war eine Reaktion auf die zum Teil gewaltsamen sozialen Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren, in denen eine Oppositionsbewegung eine demokratische Öffnung des Landes verlangt hatte. Die anschließende Verfassung von 2002, die sich darauf bezog, war aber für die oppositionellen Gruppen eine große Enttäuschung.



→Bild 19 (Bahrain und Katar)

Konflikte sind also auch in Bahrain nicht neu. In den vergangenen 10 Jahren kam es insbesondere in den schiitischen Dörfern immer wieder zu Protest und Widerstand. Die herrschende Königsfamilie und die Oberschicht, aus der sie stammt, ist sunnitisch, die einheimische Bevölkerungsmehrheit ist schiitisch. Von den 1,2 Millionen EinwohnerInnen in Bahrain haben nur 46 Prozent die bahrainische StaatsbürgerInnenschaft. Die Unterschicht in Bahrain ist besonders arm, weil die bahrainische Oberschicht vom Ölreichtum des Landes nichts nach unten weitergibt.



→Bild 20 (Bahrain und Katar, näher)

Im Gegenteil. Die sunnitische Oberschicht, aus der auch die herrschende Königsfamilie stammt, verfolgt zur Sicherung ihrer sozialen Stellung eine konfessionelle Ausgrenzungspolitik, die immer wieder zu Protesten führte und führt. Schiiten haben deutlich weniger Arbeitsmöglichkeiten, im Staatsdienst werden sie praktisch nicht zugelassen, der Zugang zur Armee und zur Polizei ist ihnen verwehrt, sie haben eine schlechtere Gesundheitsversorgung und die Infrastruktur schiitischer Ortschaften wird von der Regierung bewusst vernachlässigt.

Am schlechtesten geht es in Bahrain den ArbeitsmigrantInnen, 54 Prozent der Bevölkerung. Ein großer Teil dieser Menschen lebt in Bruchbuden. Sie arbeiten für Niedriglöhne u.a. als Bauarbeiter, FabrikarbeiterInnen und VerkäuferInnen. Die meisten stammen aus asiatischen Ländern wie Bangladesch, Indien und Pakistan. Viele Sunniten aus Pakistan werden auch als Söldner in den Repressionsorganen eingesetzt, was schon zu tödlichen Angriffen auf die

pakistanische Community geführt hat. 2005 hatte es gewaltsame Auseinandersetzungen von asiatischen Arbeitern in Kuwait, Bahrain und Katar mit der Polizei gegeben.



→Bild 21 (Bahrain abstrahiert)

Der Widerstand in Bahrain stellt keinen homogenen Block dar, die Forderungen sind mehrschichtig und je nach Gruppen auch unterschiedlich. Eine Schnittmenge gibt es bei den Forderungen nach Meinungs-, Presse- und Demonstrationenfreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen, der Aufhebung der konfessionellen Ausgrenzungspolitik, eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise, die bisher sunnitische WählerInnen bevorzugt, sowie Maßnahmen gegen Korruption, ungerechte Verteilung von Reichtum, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Wohnungsmangel.

Der Aufstand in Bahrain ist kein per se schiitischer Aufstand. An den Demonstrationen sind mehr SchiitInnen als SunnitInnen und Menschen aus gemischten Ehen (sogenannte Sushis) beteiligt, aber ein zentraler Slogan der Protestierenden lautet: »Wir sind alle Bahrainis – keine Sunna, keine Schia!«. Im durch seinen Ölreichtum wohlhabenden Bahrain ist die Protestbewegung weniger eine der Mittelschicht, als vielmehr ein Widerstand ärmerer und benachteiligter Menschen.

Aufgrund der brutalen, für vier DemonstrantInnen tödlichen Reaktion des Regimes bei der Räumung des am »Tag des Zorns« besetzten Perlenplatzes in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 2011 wurden auch Stimmen laut, die forderten, die Monarchie ganz abzuschaffen. An den beiden Tagen zuvor hatten die Sicherheitskräfte zwei Demonstranten getötet. Am 18. Februar 2011 eröffnete das Militär plötzlich und wahllos das Feuer auf eine Demonstration mit vielen Tausend Menschen auf dem Perlenplatz und erschoss 60 Menschen, Hunderte wurden verletzt. Trotz bzw. gerade wegen der staatlichen Gewalt nahmen in Bahrain die Proteste sogar zu. Am 19. Februar 2011 wurde der Perlenplatz wieder besetzt.



→Bild 22 (Saudi-Arabien)

Nachdem das Königshaus in Saudi-Arabien die ersten kleinen Proteste im eigenen Land, vorwiegend von schiitischen Oppositionellen, sofort erfolgreich hatte niederknüppeln lassen, rollten in den Morgenstunden des 14. März 2011 Tieflader mit saudischen Panzern und Truppentransportern mit 1000 bis 1200 Soldaten in die bahrainische Hauptstadt Manama ein, um ein Übergreifen der Kämpfe auf Saudi-Arabien zu verhindern. Die Vereinigten Arabischen Emirate schickten 500 Polizisten. Am 15. März rief der bahrainische König Hamad bin Isa al-Khalifa das Kriegsrecht aus.

Mit Unterstützung der saudischen Soldaten, mit Panzern und mit Militärhubschraubern ließ der bahrainische König den Perlenplatz von Armee und Polizei gewaltsam räumen. Siebzehn Menschen kamen dabei und bei den anschließenden Auseinandersetzungen ums Leben, darunter sieben PassantInnen und vier Polizisten.

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben nicht nur ihre eigenen Interessen vertreten, sondern mindestens auch die der USA. Bahrain ist reich an Erdöl. Die Regierung der USA hat auf Bahrain den geostrategisch wichtigen Stützpunkt der 5. Flotte ihrer Marine mit 5000 Soldaten. Während des Irakkriegs 2003 diente Bahrain den US-amerikanischen Truppen als Aufmarschbasis und wird noch für die weiteren imperialisti-

schen Ambitionen des US-Kapitals gebraucht. Von Bahrain aus können die USA die saudischen Ölfelder überwachen und die Insel dient der US-Marine als Stützpunkt gegen den Iran.

Die Regierung der BRD hielt die Beteiligung der saudischen Soldaten und Panzer an der Unterdrückung der friedlichen bahrainischen Protestbewegung nicht davon ab, ein geplantes Rüstungsgeschäft mit dem Verkauf von mindestens 200 auch zur Aufstandsbekämpfung speziell geeigneten Leopard II-Panzern weiter zu betreiben. Das deutsche Rüstungskapital braucht weltweit Absatzmärkte für das von ihm produzierte Mordwerkzeug. Das deutsche Innenministerium rechtfertigte sogar die Aggression Saudi-Arabiens gegen die Oppositionellen in Bahrain. In einem internen Schreiben an deutsche Bundespolizisten, die in Saudi-Arabien zum Aufbau einer massiven Grenzsicherung eingesetzt sind, heißt es, Saudi-Arabien habe »1000 Mann Nationalgarde nach Bahrain entsandt, um dort kritische Infrastruktur zu schützen«.



→Bild 23 (Nordafrika/Marokko/Westsahara)

Westsahara/Marokko

Eine Vorgeschichte zum Arabischen Frühling gibt es in der seit 1975 vom absolutistischen Königreich Marokko besetzten Westsahara im Herbst 2010.

 →Bild 24 (Westsahara politisch)

Vor 1975 kämpfte die linke sahrauische Widerstandsbewegung Frente Polisario gegen die spanische Kolonialmacht und danach gegen die marokkanischen Besatzer. 1991 kam es zu einem Waffenstillstand unter der Vermittlung der UNO und mit dem Versprechen für ein Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara, das aber nie eingelöst wurde. Das kapitalistische Zentrum EU-Europa paktiert mit der marokkanischen Regierung bei der Ausplünderung der Ressourcen der Westsahara und dabei, afrikanische Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa abzufangen.

Geraubt wird insbesondere Phosphat, aber auch Öl und Gas. Das kapitalistische Zentrum EU-Europa bezahlt völkerrechtswidrig die marokkanische Regierung dafür, dass es vor der Küste des besetzten Landes das Meer leerfischen darf. Im August 2011 wurde bekannt, dass ein kanadisches Bergbauunternehmen große Vorkommen von Diamanten, Gold, Uran, Kupfer, Nickel, Zink, Blei und Kobalt entdeckt hat.

Die potenzielle Nutzung von Wind und Sonne weckt die Begehrlichkeiten des ausländischen Kapitals. In Marokko sollen die ersten Anlagen des Wüstenstrom-Projekts Desertec verwirklicht werden. Zwei der fünf von der marokkanischen Regierung vorgeschlagenen Standorte für solarthermische Kraftwerke liegen in der besetzten Westsahara.



→Bild 25 (Westsahara militärisch)

Mehr als die Hälfte der Sahrauis, 150 000 bis 200 000 Menschen, lebt inzwischen zum Teil in der dritten Generation in Flüchtlingslagern in Algerien nahe der Grenze zur Westsahara. Die andere Hälfte lebt diskriminiert und konfliktreich zusammen mit marokkanischen SiedlerInnen im von Marokko besetzten Gebiet. Auseinandersetzungen der sahrauischen Bevölkerung mit der Besatzungsmacht hat es auch seit 1991 immer wieder gegeben.

Internationale Aufmerksamkeit erregte der 32-tägige Hungerstreik der sahrauischen Menschenrechtsaktivistin Aminatous Haidar vom 14. November bis 16. Dezember 2009.

Sie kämpft für die Selbstbestimmung der Sahrauis, für einen eigenen Staat der Westsahara. Nach einem USA-Aufenthalt, bei dem ihr ein Menschenrechtspreis verliehen wurde, hielten sie die marokkanischen Besatzungsbehörden am Flughafen auf und schoben sie nach Lanzarote ab. Am Flughafen in Lanzarote trat Aminatous Haidar, die auch die »Gandhi der Westsahara« genannt wird in den Hungerstreik, um damit ihre Einreise in die Westsahara durchzusetzen.

1987 war sie als 21-Jährige gemeinsam mit 17 weiteren Frauen bei einer friedlichen Demonstration für die Abhaltung des Referendums zur Selbstbestimmung der Sahrauis verhaftet worden. Sie wurde gefoltert und war vier Jahre ohne Anklage und Gerichtsverfahren in marokkanischen Gefängnissen. 2005 wurde sie erneut verhaftet und wieder gefoltert und saß sieben Monate im berüchtigten marokkanischen »Schwarzen Gefängnis«. Ihre Freilassung setzte sie mit einem Hungerstreik durch.

Auch ihr Hungerstreik im Jahr 2009 war erfolgreich. Der internationale Druck auf die marokkanische Regierung wurde so groß, dass sie sich nicht leisten konnte, Aminatou Haidar verhungern zu lassen. Am 17. Dezember 2009 konnte sie in einem spanischen Militärflugzeug von Lanzarote nach El Aaiun in die Westsahara zurückkehren, wurde allerdings unter Hausarrest gestellt.

Jüngster Höhepunkt der Proteste gegen die marokkanische Besatzung und Unterdrückung war der Herbst 2010, der Vorbildcharakter für die späteren Proteste in den arabischen Ländern ab Dezember 2010/Januar 2011 bekommen sollte. Im Oktober und November 2010 protestierten Zehntausende Sahrauis in »Camps der Würde«, Zeltstädten in der Wüste, unter anderem 20 Kilometer südöstlich von El Aaiun gegen ihre Diskriminierung. Sie forderten bessere Lebensbedingungen, Arbeitsplätze, Wohnungen, soziale Hilfen und dafür, dass endlich das Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara stattfindet.

Zunächst waren es nur ein paar Zelte gewesen, aber innerhalb von zwei Wochen wuchs das Camp zu einer Zeltstadt mit 7000 Zelten und mehr als 20 000 Menschen. Anfang November 2010 griffen marokkanische Sicherheitskräfte das Protestlager mit Hubschraubern, Gummigeschossen und Tränengas an, rissen die Zelte nieder und zündeten sie an. Anschließend kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich auch auf die Stadt El Aaiun ausweiteten. Dort verhängte die Armee den Ausnahmezustand. Es gab mehrere Tote und viele Verletzte.

Die auch nach dem arabischen Frühling anhaltende Ignoranz auf internationaler Ebene verbittern und frustrieren vor allem die jüngeren Sahrauis. AktivistInnen der Befreiungsbewegung denken darüber nach, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen. Der 13. Kongress der Frente Polisario, der für Mitte Dezember 2011 nach Tifariti einberufen wurde, lehnte den bewaffneten Kampf ab und setzt zunächst weiter auf Verhandlungen mit der UNO. Tifariti liegt im Norden des von der Unabhängigkeitsbewegung befreiten östlichen Streifens der Westsahara. Dieses von der Frente Polisario kontrollierte Gebiet grenzt an Mauretanien an und mit seinem nordöstlichsten Ende an Algerien.

 →Bild 26 (Westsahara Mauer)

Marokko

Nachdem es ausgehend von ersten größeren Protesten, zu denen am 20. Februar 2011 aufgerufen wurde, immer mehr Menschen in Marokko für bessere Lebensbedingungen

und demokratische Reformen auf die Straße gegangen waren, ernannte der marokkanische König Mohammed einen Rat für Menschenrechte und eine Kommission, die eine Verfassungsreform ausarbeitete. Die darin enthaltenen Verbesserungen sind im Sinne einer bürgerlichen Demokratie nur marginal.



→Bild 27 (Nordafrika)

Dennoch wurde die neue vom König vorgeschlagene Verfassung am 1. Juli 2011 mit 98 Prozent der Stimmen bei einer angeblichen Wahlbeteiligung von knapp 73 Prozent der 13 Millionen registrierten Wahlberechtigten angenommen.

Seit dem Referendum kann die Bewegung 20. Februar nicht mehr so viele AnhängerInnen mobilisieren wie zu Beginn. Am 24. Juli 2011 kamen zum Beispiel in der Hauptstadt Rabat und in Casablanca zehntausend DemonstrantInnen zusammen. Zuvor waren es Hunderttausende gewesen. Nun sind es hauptsächlich die UnterstützerInnen der Gruppen, die zum Boykott des Referendums aufgerufen hatten, weil die geänderte Verfassung nach wie vor nicht einmal eine parlamentarische Monarchie bedeutet. Sie erkennen auch das Wahlergebnis nicht an. Dazu gehören die Mittel- und Oberschichtsjugendlichen des 20. Februar, kleine linke Gruppen, die Vereinigte Sozialistische Partei, verschiedene Menschenrechtsorganisationen und die Islamisten. Die stärkste islamistische Kraft ist die Bewegung für Gerechtigkeit und Spiritualität »Al Adl Wal Ihsan«. Letztere ist zwar offiziell in Marokko verboten, wird von der Regierung aber geduldet.

Bei den vorgezogenen und entsprechend der neuen Verfassung durchgeführten Parlamentswahlen am 25. November 2011 wurden auch in Marokko die gemäßigten Islamisten die stärkste Kraft im Parlament. Ihre »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« (PJD) errang 107 von 395 Sitzen im Parlament. Das entspricht etwa 27 Prozent der Stimmen. König Mohammed VI. ernannte daraufhin mit Abdelilah Benkirane erstmals einen Islamisten in Marokko zum Ministerpräsidenten.

Egal ob Proteste und Aufstände sich bürger- bzw. menschenrechtlich, militärisch bzw. bürgerInnenkriegsförmig oder in Form von Riots äußern, gemeinsam ist ihnen allen von Tunesien über Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen, Bahrain, Spanien, Großbritannien bis hin zu Occupy in den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa, dass ihnen eine sozial-revolutionäre Perspektive fehlt.

Es existiert praktisch keine Vorstellung davon, dass die Ökonomie anders als kapitalistisch organisiert werden könnte. Die AktivistInnen formulieren keine Kritik an der Lohnarbeit, sondern sie protestieren gegen Arbeitslosigkeit und erheben allenfalls Forderung nach Schaffung von Arbeitsplätzen.

Dennoch gibt es dabei auch Unterschiede. Spanien, Griechenland sind die kapitalistische Peripherie des kapitalistischen Zentrums EU-Europa. Die Länder Nordafrikas sind die kapitalistische Peripherie des weltweiten Kapitalismus, in der das kapitalistische Zentrum EU-Europa den größten Einfluss hat. Als dessen Hinterhof dienen sie als Rohstofflieferanten (insbesondere Erdöl und Gas), als Billigproduktionsstätten, als Absatzmärkte für Waren aus dem kapitalistischen Zentrum, als Bollwerk gegen Armutsflüchtlinge und künftig als Standorte für das Desertec-Projekt.

Spanien

Die Besetzungen des Platzes Puerta del Sol und des Katalonienplatzes in den spanischen Städten Madrid und Barcelona waren inspiriert durch die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo. In Spanien gehören zu den AktivistInnen viele junge Arbeitslose, die ein akademisches Proletariat darstellen. Sozialer Widerstand mit politischem, klassenkämpferischem Bewusstsein ist nur stark im Baskenland. Die Kommunistische Partei hat mit trotzkistischen Gruppen und anderen Linkskräften ein Bündnis, das sich 1986 als Partei Vereinigte Linke (Izquierda Unida, IU) zusammengeschlossen hatte. Zur Vereinigten Linken gehören unter anderem die katalanische Esquerra Unida i Alternativa, der linksalternativ-trotzkistische Espacio Alternativo, das Colectivo de Unidad de los Trabajadores-Bloque Andaluz de Izquierdas aus Andalusien und die kleineren trotzkistischen Gruppen Cuadernos Internacionales, Nuevo Claridad, Partido Obrero Revolucionario und die Partido Revolucionario de los Trabajadores – Izquierda Revolucionario. Die Partido de Acción Socialista, die linksradikale Corriente Roja und die baskischen Grünen Berdeak-Los Verdes haben die Vereinigte Linke in den letzten Jahren verlassen. Die Vereinigte Linke gehört zur Europäischen Linken und hat einen Abgeordneten im Europaparlament. Nach der Wahl 2004 unterstützte die Vereinigte Linke im spanischen Parlament die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zapatero und war für soziale Grausamkeiten mitverantwortlich. In der Vereinigten Linken gab es 2008 heftige Auseinandersetzungen über diesen Kurs. Sie ist letztlich vergleichbar mit der deutschen Linkspartei und auch heute nicht antikapitalistisch, orientierte sich aber ab 2008 wieder etwas weiter nach links. Bei den Wahlen 2011 wurde sie von der größten spanischen Gewerkschaft, den Arbeiterkommissionen (CCOO), unterstützt und konnte mit 9 Prozent der Stimmen und 11 Parlamentssitzen ein deutlich besseres Ergebnis erzielen als 2008.

Die Bewegung der Empörten kommt über ein Anprangern der Missstände nicht hinaus. Ihre pseudobasisdemokratischen, eher kleinbürgerlich-anarchistisch motivierten Asambleas-Versammlungen erlauben keine klassenkämpferische Zuspitzung. Auch das Ergebnis der Parlamentswahlen in Spanien im November 2011 mit dem Sieg der Konservativen zeigt, dass eine gesellschaftliche emanzipatorische Utopie fehlt. Die Sozialdemokratie hat sich überall durch ihr Regierungshandeln des sozialen Terrors selbst so stark delegitimiert, dass sie den Menschen nicht einmal mehr als das kleinere Übel erscheint. Wegen des nur noch rudimentären politischen Bewusstseins, des Zerfalls einer linken klassenkämpferischen Kultur, geht es nur noch um das Austauschen der Regierungen.

Hier zeigt sich auch eine Parallele zu Tunesien und Ägypten. Die Protestbewegungen dort waren nicht willens, die Machtfrage zu stellen. Letztlich ist auch ihr Organisationsgrad dazu zu gering. Protestiert wird, damit die für das Regierungshandeln Verantwortlichen ausgetauscht werden. Der Mehrheit der von der kapitalistischen Ausbeutung Betroffenen fehlt das Wissen und die Reflexion über die Verhältnisse, um über das Bestehende hinausdenken zu können.

Griechenland

In Griechenland gehen die Vorstellungen schon etwas weiter als in Spanien. Es gibt noch einen Bezug zum Klassenkampf. Der Generalstreik ist in Griechenland ein wichtiges Mittel der politischen Auseinandersetzung. Der griechische Staat verfügt über einen mit deutscher Hilfe bestens auf den Klassenkampf von unten vorbereiteten Repressionsapparat. Dagegen kämpfen Staatsbedienstete, Universitätsleute, Subproletariat bestehend aus AnarchistInnen

und verarmten Jugendlichen. Der physische Grad der Auseinandersetzung ist, auch wenn keine Schusswaffen eingesetzt werden, sehr hoch, aber auch durchritualisiert, der Staat bzw. die Regierung kann bisher gut damit umgehen. Sie prügelt bisher weitgehend unbeeindruckt die sozialen Grausamkeiten durch, die die deutsche und die französische Regierung zusammen mit IWF und EZB fordern, um die Milliarden zur Rettung der griechischen Staatsfinanzen fließen zu lassen.

Die industrielle Produktion in Griechenland bricht trotzdem mehr und mehr zusammen. Die Krise ist bisher nicht beherrschbar. Deshalb erweitert der griechische Staat seine Möglichkeiten zur Aufstandsbekämpfung. So hat die griechische Regierung das Universitätsasyl abgeschafft, das dem Schutz von DemonstrantInnen z. B. nach Auseinandersetzungen mit der Polizei diente.

Viele frühere staatliche Betriebe, in denen die Lohnabhängigen über einen hohen Organisationsgrad verfügten, sind bereits privatisiert, was die Kampfbereitschaft und -möglichkeiten zusätzlich einschränkt.

Großbritannien

Die Grundlage der Riots in Großbritannien ist die massive soziale Ungleichheit, verbunden mit einem subtilen Rassismus auch resultierend aus der Kolonialgeschichte Großbritanniens. Diesen Teil der Unterschicht, besonders dem jugendlichen, wird zunehmend der Zugang zur Lohnarbeit und damit zum Konsum verwehrt. Die kapitalistische Gesellschaft kann das Versprechen an die Benachteiligten, sozialen Aufstieg durch Bildung und Leistung erreichen zu können, nicht einlösen. Sie sind vom System »Ausgekotzte«, für die das Kapital keine Verwertung hat. Gleichzeitig sind sie jeden Tag dem Konsumterror der Werbepropaganda der Konzerne ausgesetzt. Riots sind hier die Chance, sich die Waren der Werbung zu holen und damit scheinbar ein Stück Glück bzw. Freiheit.

Die Erfahrung der eigenen Unfreiheit wird mit dem Ausschluss vom Konsum gleichgesetzt, hinzu kommt aber noch die rassistische Gängelung durch ständige Polizeikontrollen. Zudem hatten Viele bei den Riots endlich mal das Gefühl: »Wir können machen, was wir wollen«. All das ergibt aber noch kein aufständisches politisches Bewusstsein, das die Proteste und den Widerstand aus der eigenen Umgebung heraus zu den AusbeuterInnen und VertreterInnen des ideellen Gesamtkapitalisten tragen könnten. Die AufrührerInnen bleiben in den eigenen Stadtvierteln. Diese Riots ohne weitergehende politische Ziele können durch massive Polizeiverfolgung und harte Strafjustiz gestoppt werden.



→Bild 28 (Israel)

Israel

In Israel steht die Mittelschicht unter einem großen sozialen Druck. Der israelische Staat kann auf Dauer den Krieg gegen die PalästinenserInnen nicht bezahlen. Daher gibt es Kürzungen im sozialen Bereich, die die Menschen verarmen lassen. Insbesondere die Mieten sind erdrückend hoch, weil kein sozialer Wohnungsbau mehr stattfindet. Die Mängel sind so groß, dass es zu gemeinsamen Demonstrationen ansonsten sich gegnerisch gegenüber stehender gesellschaftlicher Gruppen kommen konnte. Die trennende Haltung in der Palästinafrage konnte ausgeklammert bzw. ausgeblendet werden. Es handelt sich um Leute,

die noch voll in der Produktion beschäftigt sind, aber ihr Leben von ihrem Lohn nicht mehr bezahlen können. Das Vorbild des arabischen Frühlings ermutigte die Menschen in Israel zur Besetzungen mit Zeltstädten und zu den mit Hunderttausenden TeilnehmerInnen größten Demonstrationen, die es in Israel je gegeben hat. Aber auch in Israel hat die Bewegung keinen sozialrevolutionären Anspruch bzw. Charakter.

Occupy: Die Verhältnisse werden becampft und nicht bekämpft

Die Menschen in kapitalistischen Zentren werden allmählich von den zunächst in die kapitalistische Peripherie verdrängten Folgen der Weltwirtschaftskrise eingeholt. Als Reaktion darauf entstand eine Bewegung gegen die Banken und die Transaktionen an den internationalen Finanzmärkten. Getragen wird diese Bewegung hauptsächlich von einem Teil der Mittelschicht, der von den Folgen der Weltwirtschaftskrise bereits betroffen oder von ihnen mehr oder weniger konkret bedroht ist. Hier spielen Abstiegsängste und der drohende Verlust von Annehmlichkeiten, die im kapitalistischen Alltag alles andere als selbstverständlich sind, eine wesentliche Rolle.

In den USA ist die Occupy-Bewegung politischer als in der BRD. Die Menschen sind vom durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Elend, zum Beispiel durch den Verlust ihrer Häuser oder ihrer Rentenfonds schon deutlich direkter betroffen als die Menschen in der BRD. Insbesondere in Oakland, wo es nach der Räumung des Camps unter anderem zur Besetzung des Hafens kam, verbindet sich der Mittelschichtsprotest zudem mit der noch vorhandenen ArbeiterInnenbewegung.

In der BRD drängt sich in Occupy ein Vergleich mit der deutschen Romantik auf. Also mit einer geistig-intellektuellen Haltung, die nicht emanzipatorisch oder gar sozialrevolutionär motiviert ist, sondern von Verlustangst geprägt ist. Vorherrschend ist ein Kult der Jugendlichkeit und Unverbindlichkeit verbunden mit der Auffassung, locker auf die Erfahrungen der alten KämpferInnen für soziale Verbesserungen verzichten zu können. Letztlich handelt es sich auch um eine Aufweichung linker Milieus. Das kapitalistische System an sich soll nicht angegriffen oder in Frage gestellt werden. Angestrebt wird eine Modernisierung der herrschenden Verhältnisse auf rein formaler Ebene. Das Camp soll der Entfaltung der individuellen Freiheit, der Befreiung von der Konkurrenz und den Zwängen des kapitalistischen Alltags dienen. Ziele, politische Inhalte, links, rechts, alles nicht so wichtig. Denn es geht nur um das eigene Ego. Der parteiförmige Ausdruck dieses Denkens sind die Piraten. Bei ihnen ersetzen die neuen technischen Möglichkeiten weitgehend den politischen Inhalt. Scheintransparenz durchs Internet plus vorne sein statt rechts oder links ist ihre Devise. Ihr Ausruf »Ihr seid alt, ihr seid alt« bei einer Wahlparty am Abend der Berliner Landtagswahl im September 2011 bedient den Mythos der Jugend, die allein zu positiven Veränderungen in der Lage sei. Nach ihrem Wahlerfolg in Berlin haben die Piraten allerdings verstanden, dass sie sich auch sozialpolitisch positionieren müssen, um mittelfristig nicht den Anschluss an viele ihrer WählerInnen zu verlieren. Auf ihrem Bundesparteitag Anfang Dezember 2011 nahmen sie für eine verbesserte Armutsverwaltung den Vorschlag einer breiten öffentlichen Diskussion und einer Volksabstimmung über ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne eine Zahl zu nennen in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 auf. In der Übergangszeit wollen sich die Piraten für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Hier werden linke reformistische Forderungen weiter verwässert, die zur Zementierung der sozialen Ungleichheit beitragen und zu einer Freiheit, die ihre kapitalistischen Fesseln nicht sprengt.

Occupy in der BRD will offiziell selbst nichts mit Organisationen oder gar Parteien zu tun haben, die AktivistInnen greifen aber bei ihren Demonstrationen und Kundgebungen gern auf Organisationen wie Attac oder Gewerkschaften zurück. Das Frankfurter Occupy-Camp schaffte es sogar mit einer Bank zusammenzuarbeiten, der von AnthroposophInnen geleiteten GLS-Bank. Deren Scheinmoral macht sie zu einem guten Ausbeuter und Profitanhäufers. Gleichzeitig arbeitet die GLS-Bank kontinuierlich an einer ökonomischen Stärkung der rassistischen elitären AnthroposophInnensekte, die aber viel unauffälliger als Scientology ihre ideologischen Geschäfte macht. Bei denen von der GLS-Bank kann mensch duschen. Ein Occupy-Ziel könnte sein: mehr gute Banken. Die Occupy-Forderungen sind noch verwässerter als die von Attac: Aus »Eine bessere Welt ist möglich« wird bei Occupy »Für eine bessere Welt«.

Mensch glaubt die Verhältnisse dadurch ändern zu können, dass mensch gemeinsam eine gute Zeit hat. Nicht die revolutionär veränderten Verhältnisse sollen neue Verkehrsformen hervorbringen, sondern neue vermeintlich menschlichere Verkehrsformen sollen völlig abgehoben von der materiellen Basis, abgehoben von der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft bessere Verhältnisse schaffen. Die Verhältnisse werden becamp't und nicht bekämpft.

Die Geschichte wiederholt sich nur als Farce. Die berechnete Ablehnung autoritärer Kaderstrukturen der ML-Gruppen durch die verbliebene antiautoritäre außerparlamentarische Bewegung in den 1970er Jahren förderte falsch verstanden einen Kleingruppenanarchismus. Occupy will weg von angeblich alten Denkschemata, die sich in den Kategorien von links und rechts bewegen. Das ist gefährlich und dient bereits als Türöffner für antiemanzipatorische Ansätze. Die esoterisch-antisoziale Zeitgeistbewegung wird zwar von Teilen der Bewegung kritisch gesehen, hat sich aber dennoch in ihr festgesetzt. Auch die antisemitischen prokapitalistischen GesellianerInnen, für die der Feind der Zins ist, haben in Occupy bereits Fuß gefasst.

Die Hauptlosung »Wir sind die 99%« macht deutlich, dass von einer Klassenanalyse abgesehen wird. In einem Occupy-Blog im Internet heißt es in einem typischen Beitrag, das Wesentliche sei, dass »wahrscheinlich 80% von uns im Grunde ein gutes Herz haben«. Es geht um das Gute an sich, nicht um politische Überzeugungen, die einer kritischen Auseinandersetzung standhalten müssten. Es ist eine Rattenfängerstrategie: „Wir möchten möglichst viele Menschen motivieren, sich für das Gute zu engagieren.“ Die meisten Occupy-AktivistInnen haben keinen Begriff von der Ausbeutung, auf der Kapitalismus weltweit beruht, sie sprechen stattdessen zum Beispiel von »genuin bösen Aktivitäten an den internationalen Finanzmarktplätzen« worunter »zum Beispiel das Wetten auf Staatsbankrotte« zu verstehen ist.

Es gibt keinen Begriff von dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Die Occupy-AkteurInnen haben kein Bewusstsein darüber, Ausgebeutete zu sein. Das steht in krassem Gegensatz zu der klassenkämpferischen ArbeiterInnenbewegung, die ein proletarisches Bewusstsein hatte. Sie schöpfte einen Teil des Stolzes bzw. kämpferischen Selbstbewusstseins daraus, arbeitende und damit ausgebeutete Klasse zu sein, das heißt die den gesellschaftlichen Reichtum schaffende Klasse zu sein. Wenn sie sich nicht rechtsradikal und antisemitisch vereinnahmen lässt, ist Occupy in der BRD allenfalls ein neuer Weg in die prokapitalistische und antikommunistische Falle der Sozialdemokratie. Sie ist bestenfalls eine Erholungspause, eher eine aktionistische Sackgasse, im kapitalistischen Alltag, bevor die kapitalistische Konkurrenz die Individuen wieder in ihre Zwänge integriert.

Die relativen Erfolge der Aufstands- und Protestbewegungen in Nordafrika und in der südlichen Peripherie EU-Europas und vor allem die Welle des Widerstands und das Übergreifen von einem Land auf das andere, waren nur möglich, weil es bereits jahrelang vorher in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Protest- und Widerstandsbewegungen oder -aktionen gegeben hatte. Das zeigt wie wichtig der alltägliche »Kleinkrieg« der politischen Arbeit auch in nicht-revolutionären Zeiten ist. Als solcher muss auch die bedingte Einmischung in Bewegungen, deren Handelnde ein unreflektiertes Bewusstsein haben, gesehen werden.

Die Ereignisse des Jahres 2011 beweisen wieder einmal, dass die sozialen Konflikte, die es überall und immer gibt, solange der Kapitalismus nicht abgeschafft ist, auf einmal zu einem flächendeckenden Ausbruch kommen können, wenn Proteste anderswo einen Vorbildcharakter haben. Wie ein Lauffeuer können sich die Proteste verbreiten, wenn die Menschen eine Chance sehen, etwas verändern zu können, mindestens etwas aufbrechen zu können, wenn es auch nur der Wechsel der Regierung ist. Es ist die Hoffnung vieler auf ein besseres Leben sofort und einiger, wenigstens eine verbesserte Ausgangssituation für nachfolgende Kämpfe schaffen zu können.

**Referat für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 10./11. Dezember 2011 in Köln**